

An die
Mitglieder
des Kreistages

Gummersbach, den 01.03.2007

EINLADUNG KREISTAG

KT/001/2007

für **Donnerstag, 15.03.2007, 15:00 Uhr**

im Ratssaal der Stadt Gummersbach, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach

Tagesordnung

lfd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1.	Verkauf von RWE-Aktien	0051/2007/II
2.	Haushaltssatzung 2007 / Haushaltssicherungskonzept bis 2012 einschließlich Veränderungsnachweis mit den darin eingearbeiteten Anträgen zum Haushalt	0045/2007/II
2.1.	Entwurf Stellenplan 2007	0003/2007/LR/AV
2.2.	Schließung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes in Waldbröl und Wipperfürth sowie des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster in Waldbröl	0064/2007/LR/AV
3.	Investitionsprogramm 2006 - 2010	0046/2007/II
4.	Finanzplanung 2006 - 2010	0047/2007/II
5.	Einrichtung einer Fachklasse "Bürokauffrau/Bürokaufmann" am Berufskolleg Oberberg - Kaufmännische Schulen - in Gummersbach	0038/2007/IV

6.	Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen für den Oberbergischen Kreis vom 18.03.2004	0041/2007/II
7.	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
7.1.	Entsendung eines Vertreters der Jagdgenossenschaften in den Jagdbeirat bei der unteren Jagdbehörde	0004/2007/LR/AV
7.2.	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	0048/2007/LR/AV
7.3.	Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung	0063/2007/LR/AV
7.4.	Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln	0006/2007/LR/AV
8.	Beratung des Abschlussberichts der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung des Oberbergischen Kreises	0026/2007/LR/AV
9.	Anträge	
9.1.	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.02.2007: "Bildung eines Demografie-Ausschusses"	0062/2007/V
10.	Anfragen	
10.1	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.02.2007: "Hilfe in Notfallsituationen"	0065/2007/II
11.	Mitteilungen	
11.1.	Bericht über die Ausführung früherer Kreistagsbeschlüsse	0050/2007/LR/AV
12.	Einwohnerfragen	
12.1.	Einwohnerfrage des Herrn Felix Staratschek vom 07.02.2007: "Streichung von Bahntrassen"	0058/2007/V

B Nichtöffentlicher Teil		
13.	Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH Übernahme einer Ausfallbürgschaft	0056/2007/II
14.	Personalangelegenheiten	
14.1.	Mitteilung des Landrats über den Erhalt von Vergütungen für Nebentätigkeiten	0023/2007/LR/AV
14.2.	Übersicht über Gremien und Nebentätigkeiten des Landrats	0024/2007/LR/AV
15.	Grundstücksangelegenheiten	
16.	Vertragsangelegenheiten	
17.	Vergaben	
17.1.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 S. 3 Kreisordnung (KrO): hier: Anmietung eines Systemgebäudes für die ARGE Bergneustadt	0028/2007/II
18.	Anträge	
19.	Anfragen	
20.	Mitteilungen	

Bei Verhinderung bitte umgehend Herrn Steiniger –02261 88-1912– informieren.
Parkkarten können beim Schriftführer in Ausfahrtskarten getauscht werden.

Die gesamten Unterlagen des öffentlichen Teils der Sitzung können Sie auch über das Internet unter <http://session.obk.de/bi> abrufen. Sollten Sie über einen Zugang zum Kreistagsinformationssystem verfügen, können Sie auch den nichtöffentlichen Teil unter <http://session.obk.de/ri> einsehen.

gez.

Hagen Jobi
- Landrat -



Ergänzungsvorlage

Finanzausschuss

Sitzungsdatum: 26.02.2007

Kreisausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: E-0051/2007/II

Tagesordnungspunkt	1	- öffentlich -
Betreff:		
Verkauf von RWE-Aktien		
Beschlussvorschlag:		
<p>a) Die Verwaltung wird beauftragt, im unmittelbaren Nachgang zur Sitzung die Freistellung der vom Kreis gehaltenen RWE-Aktien von den Bindungen des Verbandes der Kommunalen Aktionäre (VKA) zu beantragen und die Aktien nach erfolgter Freistellung zu verkaufen. Über den genauen Zeitpunkt des Verkaufs ist durch eine Dringlichkeitsentscheidung, die neben dem Landrat von je einem Vertreter der CDU- und SPD-Kreistagsfraktion zu unterzeichnen ist, zu befinden.</p> <p>b) Der Veräußerungserlös aus dem Verkauf der RWE-Aktien soll in voller Höhe einem Pensionsrücklagenfonds zugeführt werden.</p>		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

a) Verkauf von RWE-Aktien

Der Oberbergische Kreis besitzt 52.200 RWE-Stammaktien (Wertpapierkennnummer: 703 712, Kurswert am 05.02.2007: 82,25 € je Stück). Die Aktien besitzen einen Kurswert von rd. 4,2 Mio. €

Der Aktienkurs hat sich in den letzten 10 Jahren wie folgt entwickelt:

	RWE	%-Veränderung gegenüber Vorjahr	DAX	%-Veränderung gegenüber Vorjahr
30.12.1996	33,34 €	--	2.880,07	--
31.12.1997	49,34 €	+ 47,99	4.224,30	+ 46,67
30.12.1998	46,65 €	- 5,45	5.006,57	+ 18,51
30.12.1999	38,58	- 17,29	6.958,14	+ 38,98
29.12.2000	47,80 €	+ 23,89	6.433,61	- 7,53
28.12.2001	42,20 €	- 11,71	5.160,10	- 19,79
30.12.2002	24,70 €	- 41,46	2.892,63	- 43,94
30.12.2003	31,37 €	+ 27,00	3.965,16	+ 37,07
30.12.2004	40,70 €	+ 29,74	4.256,08	+ 7,33
30.12.2005	62,55 €	+ 53,68	5.408,26	+ 27,07
29.12.2006	83,50 €	+ 33,49	6.596,92	+ 21,97
05.02.2007	82,25€	-1,49	6.874,06	+ 4,2

Der DAX hat sich nach den drastischen Kurseinbrüchen in den Jahren 2001/2002 deutlich erholt und ist insbesondere in den Jahren 2005/2006 von 4250 Punkten um mehr als 50% auf über 6500 Punkte gestiegen (höchster Wert seit 1999). Nach fünf Jahren in Folge mit steigenden Kursen stellt sich die Frage, ob und wie lange dieser Trend anhält oder ob eher wieder mit fallenden Kursen zu rechnen ist, da viele Aktien überbewertet sind.

Die RWE-Aktie hat in den letzten drei Jahren noch deutlichere Kursgewinne als der DAX verzeichnen können. Da die Gewinne des Konzerns aber nicht im gleichen Maße wie die Aktienkurse gestiegen sind, weist die Aktie momentan ein ungünstiges Kurs-Gewinn-Verhältnis aus. Eine Auswertung von Analystenmeinungen prognostiziert für die RWE-Aktie für 2007 ein neutrales bis geringfügig positives Kurspotential. Andere Meinungen halten ein Kursziel von 94,00 € für möglich.

Nach dem Verkauf der Britischen Wassertochter „Thames Water“ wird für 2007 eine erhöhte Dividendenausschüttung von bis zu 3,50 € je Aktie erwartet (Vorjahr 1,75 € je Aktie). Zum Zeitpunkt der nächsten Ausschüttung (18.04.2007) wird mit

Kursänderungen in Höhe der Dividende gerechnet.

Zur Sicherung der vorhandenen Werte gibt es folgende Alternativen:

1. Behalten der Aktien
Vorteil: Ertrag aus Dividendenausschüttung, Möglichkeit der Kurssteigerung
Nachteil: Kursrisiko, ggf. deutlicher Wertverlust

2. Behalten der Aktien und Absicherung des Aktienkurses durch Derivate/Optionen
Vorteil: Kurswerte werden auf einen selbst bestimmten Mindestwert gesichert, Ertrag aus Dividendenausschüttung, Möglichkeit der Kurssteigerung
Nachteil: Hohe Kosten, die im Voraus liquiditätswirksam werden (zwischen 2,00 € und 9,00 € je Aktie für zwei Jahre, in Abhängigkeit von der Höhe des Absicherungskurses und der Absicherungsdauer, z.B. Absicherung des Kurses auf 76,00 € bis 19.12.2008 = 8,33 € je Aktie)

3. Verkauf der Aktien und Anlage als Festgeld bis zu einer Entscheidung über die Verwendung
Vorteil: Aktueller Kurs(-gewinn) wird gesichert, kein Verlustrisiko, keine Absicherungsprämie
Nachteil: keine Dividende, dafür aber Zinserträge

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile empfiehlt die Verwaltung zur Sicherung der vorhandenen Werte den Verkauf des Gesamtbestandes der vom Oberbergischen Kreis gehaltenen RWE-Aktien. Bis zu einer Entscheidung über die Verwendung der Verkaufserlöse (siehe unten) erfolgt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Anlage der Verkaufserlöse auf einem Festgeldkonto bzw. ein Einsatz zur Liquiditätssicherung und zur Verringerung von Kassenkrediten im Kassenbestand der Kreiskasse.

Bei der Veräußerung der Aktien ist zu beachten, dass diese einer Bindung des Verbandes der kommunalen RWE-Aktionäre (VKA), dem der Oberbergische Kreis angehört, unterliegen.

Durch die VKA-Bindung müssen die Aktien zuerst den übrigen VKA-Gesellschaftern zum Kauf angeboten werden, die ein Vorkaufsrecht zu einem Durchschnittspreis der

letzten 4 Wochen vor der Verkaufsanzeige besitzen. (Hinweis: Der früher eingeräumte Abschlag von 10% bei Nutzung des Vorkaufsrechts wurde 2002 abgeschafft, das Vorkaufsrecht wurde in den vergangenen Jahren von keinem Gesellschafter ausgeübt).

Die Vorkaufsfrist beträgt vier Wochen, das Verfahren von der Verkaufsanzeige bis zur Freigabe der Aktien dauert insgesamt ca. 6-8 Wochen.

Nach der Freigabe durch den VKA sind die Aktien 12 Monate von der Zweckbindung befreit und können zum Tageskurs an der Börse verkauft werden. Erfolgt kein Verkauf tritt nach Ablauf von 12 Monaten automatisch eine neue Zweckbindung ein.

b) Verwendung der Verkaufserlöse:

Die Verwaltung befürwortet die Zuführung der Verkaufserlöse aus den RWE-Aktien zu einem Pensionsrücklagenfonds (siehe auch Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007 sowie der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.02.2007).

Aufgrund der Altersstruktur der Bediensteten des Oberbergischen Kreises, und der damit verbundenen starken Zunahme der in Ruhestand zu versetzenden Beamten, ist in ca. 15 - 20 Jahren mit einer massiven Steigerung der Versorgungsempfänger zu rechnen. Nach dem von der Rheinischen Versorgungskasse in Köln (RVK) beauftragten „Heubeck“-Gutachten – Stand 2005 - über die voraussichtliche Entwicklung der Versorgungsleistungen des Oberbergischen Kreises werden sich die Umlagekosten / die Versorgungslasten von derzeit ca. 4 Mio. € bis zum Jahr 2021 auf über 8 Mio. € verdoppeln und bis zum Jahr 2030 auf über 12 Mio. € verdreifachen.

Um über entsprechende Finanzmittel für die Zahlung der künftigen Versorgungsleistungen verfügen zu können, ist es erforderlich, Vorsorge über Eigenkapitalbildung zu betreiben. Zu diesem Zweck hat die RVK, bei der der Oberbergische Kreis Mitglied ist, zusammen mit sechs weiteren Versorgungskassen im Jahr 1998 einen Kommunalen Versorgungsrücklagen-Fonds (KVR-Fonds) gegründet.

Die gemäß § 14a Bundesbesoldungsgesetz zu leistenden Pflichtzuführungen zur Versorgungsrücklage in Höhe von z. Zt. ca. 160.000,- € jährlich erfolgen seit dem Jahr 1999 bereits an den KVR-Fonds.

Der Geschäftsführer der RVK, Herr Landesrat Reinhard Elzer, hat in der Sitzung des Personalausschusses am 11.01.2007 die aktuelle Versorgungssituation des

Oberbergischen Kreises dargestellt und die Vorsorgemöglichkeiten im Rahmen des KVR-Fonds erläutert. Danach sind zur Bildung des Eigenkapitals regelmäßige Zahlungen und Einmalzahlungen möglich. Der KVR-Fonds hatte von 1998 bis 2005 eine durchschnittliche Rendite von 4,66 %.

Die Verwaltung wird kurzfristig weitere Angebote prüfen und schlägt vor, den Erlös aus dem Verkauf von RWE-Aktien im Jahr 2007 vollständig dem günstigsten Bieter zur Anlage zuzuführen.

Die Abwicklung der Maßnahme erfolgt im Vermögenshaushalt (siehe Veränderungsnachweis, HHSt. 8100.3300.3 „Erlös aus dem Verkauf von RWE-Aktien“ sowie HHSt. 9110.9160.5 „Zuführung an Sonderrücklage Pensionsrückstellungen“).

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Werner Krüger
-Dezernent-



Vorlage

Finanzausschuss

Sitzungsdatum: 26.02.2007

Kreisausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0045/2007/II

Tagesordnungspunkt	2	- öffentlich -
Betreff: Haushaltssatzung 2007 / Haushaltssicherungskonzept bis 2012 / Veränderungsnachweis / Haushaltsreste hier: 1. Beratung und Beschlussempfehlung über vorliegende Anträge: 2. Beratung Haushaltsplanentwurf 2007 und Haushaltssicherungskonzept bis 2012 und Veränderungsnachweis 3. Beschlussempfehlung über Gesamthaushalt 4. Beschlussempfehlung über Haushaltssatzung 5. Beschlussempfehlung der Liste der Haushaltsausgabereste 2006		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung 2007 / Haushaltssicherungskonzept bis 2012 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung des Veränderungsnachweises zu den Verwaltungs- und Vermögenshaushalten sowie die Liste der Haushaltsausgabereste.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

SACHVERHALT

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2007 / Haushaltssicherungskonzept bis 2012 wurde in der Kreistagssitzung am 14.12.2006 eingebracht und wird von den Fachausschüssen bis zum 22.02.2007 beraten.

Nach Abschluss der Beratungen in den Fachausschüssen werden die Beratungsergebnisse und die sich seit Einbringung der Haushaltssatzung zwangsläufig ergebenden Veränderungen durch die Verwaltung in einem Veränderungsnachweis, d. h. in tabellarischer Form erstellt. Da die Beratungen erst am 22.02.2007 enden, der Finanzausschuss aber bereits am 26.02.2007 tagt, ist ein Druck und Versand der abschließenden Unterlagen mit der Einladung nicht möglich. Die beiliegende Fassung des Veränderungsnachweises enthält daher zwar die geänderten Ansätze aber noch nicht die entsprechende Beschlussempfehlungen des Schulausschusses, des Bauausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherfragen. Eine Aktualisierung/Ergänzung erfolgt erforderlichenfalls über eine Tischvorlage. Die vorliegenden Anträge Dritter und der Kreistagsfraktionen zum Haushalt 2007 sind in der beigefügten Liste zusammengestellt.

Die Liste der Haushaltsausgabereste 2007 ist als Anlage beigefügt.

Einwendungen gegen den Haushalt 2007 / Haushaltssicherungskonzept bis 2012 sind nicht erhoben worden.

Ich bitte, den Entwurf des Kreishaushaltes 2007 / Haushaltssicherungskonzept bis 2012 und die Ihnen bereits übersandten Anträge bzw. Unterlagen zum Kreishaushalt 2007 zur Sitzung mitzubringen.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Werner Krüger
-Dezernent-



Vorlage

Personalausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Kreisausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: E-0003/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	2.1	Personalausschuss - nicht öffentlich – Kreisausschuss/Kreistag – öffentlich -
Betreff: Entwurf Stellenplan 2007		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 mit einer Gesamtstellenzahl von 665,5 (Verminderung gegenüber 2006 um 4 Stellen).		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input checked="" type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Stellenplan

Der Entwurf des Stellenplanes 2007 lag dem Entwurf des Haushaltsplanes 2007 anlässlich dessen Einbringung in den Kreistag am 14.12.2006 als Anlage bei.

In Ergänzung hierzu wurden dem Personalausschuss in der Sitzung am 11.01.2007 die Unterlagen zur Beratung des Stellenplanes 2007 ausgehändigt und erläutert. Die Unterlagen wurden den übrigen Mitgliedern des Kreistages, die dem Personalausschuss nicht angehören, danach unverzüglich zugeleitet.

Nach dem Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007 wird sich die Gesamtzahl der Stellen erneut vermindern. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2006 ergibt sich im Saldo eine Reduzierung um weitere 4 Stellen, so dass sich die Gesamtzahl der Stellen beim Oberbergischen Kreis auf nunmehr 665,5 Stellen belaufen wird. Mit den Stellenplänen 2004 bis 2007 hat der Oberbergische Kreis damit insgesamt 34 Stellen abgebaut.

Auch die Stellenreduzierungen im Jahr 2007 basieren auf den Ergebnissen der Strukturierten Aufgabenanalyse bzw. sind Folge der weiterhin äußerst restriktiven Personalbewirtschaftung.

Dem Abbau von insgesamt 9,5 Stellen steht die Notwendigkeit gegenüber, im Stellenplan 2007 5,5 zusätzliche Stellen einzurichten, so dass sich im Saldo eine Reduzierung um 4 Stellen ergibt.

Die Stelleneinsparungen betreffen die verschiedensten Bereiche der Verwaltung, wie

- Zentrale Dienste
- Reinigungsdienst
- Umweltamt
- Kreis- und Regionalentwicklung
- Bauamt
- Vermessungs- und Katasteramt

Die Notwendigkeit personelle Verstärkungen vorzunehmen, ergibt sich in folgenden Bereichen:

- Amt für Finanzwirtschaft und Kommunalaufsicht
- Kreispolizeibehörde

- Amt für Soziale Angelegenheiten
- Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
- Jugendamt

Erläuterungen zu den Weniger- bzw. Mehr-Stellen sind den Unterlagen zur Beratung des Stellenplanes 2007 zu entnehmen.

Personalausgaben

Die Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2007 lt. Sammelnachweis 9301 sind gemäß Haushaltsentwurf mit 36.440.300 € veranschlagt; sie liegen damit um 360.800 € (= + 1 %) über dem Ansatz 2006.

Dem Ansatz liegen Weniger-Ausgaben durch Einsparungen insbesondere im Bereich der Sonderzuwendungen für Beamte und bei der Arbeitslosenversicherung sowie Mehr-Ausgaben u. a. durch Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen und Auswirkungen der weiteren Umsetzung des TVöD (Leistungsentgelte, endgültige Stufenzuweisungen, Strukturausgleich) zugrunde. Der weitere Stellenabbau kann in 2007 zu keinen Einsparungen führen, da die Personalabgänge aufgrund von Altersteilzeitregelungen den Personalkostenetat nach wie vor belasten, so dass Einsparungen erst mittelfristig wirksam werden. Im Saldo ergibt sich die Notwendigkeit, den Haushaltsansatz 2007 um 1 % zu erhöhen. Diese Steigerung basiert im übrigen auch auf den Orientierungsdaten des Landes, die eine 1 % - ige Erhöhung der Personalausgaben für das Jahr 2007 vorsehen.

Die Personalausgaben für die Jahre 2008 bis 2012 (Finanzplanungszeitraum) werden entsprechend den Vorgaben der Orientierungsdaten ebenfalls mit jeweils plus 1 % hochgerechnet.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass der Verwaltungshaushalt bei 17 Haushaltsstellen Erstattungen / Zuschüsse zu Personalausgaben von Dritten in Höhe von 1,37 Mio. € enthält, wodurch sich die Nettoausgaben der Personalbewirtschaftung auf rd. 35.070.300 € reduzieren. Darüber hinaus enthält der Stellenplan 10,5 sog. Fremdstellen. Dabei handelt es sich um Stellen, die der Kreis vorhält, um Aufgaben für Dritte wahrzunehmen.

Ziel für das Haushaltsjahr 2007 ist, die restriktive Bewirtschaftung der Personalausgaben fortzusetzen und insbesondere weiterhin Einspareffekte durch folgende Maßnahmen zu erzielen:

- verzögerte Wiederbesetzung von künftig frei werdenden Stellen

- grundsätzlicher Verzicht auf die Einstellung von externen Kräften
- Zurückhaltung bei der Übernahme von Ausbildungskräften.

Ausbildungsplätze

Für das Ausbildungsjahr 2007 sollen **13** Ausbildungsplätze angeboten werden. Aufgrund der Zurückhaltung bei der Übernahme von Ausbildungskräften ist anzumerken, dass die Ausbildung aus heutiger Sicht nahezu ausschließlich über Bedarf erfolgt.

Das Ausbildungsplatzangebot für 2007 verteilt sich auf folgende Berufe:

- 5 Plätze im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst
- 2 Plätze im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst
- 4 Plätze im Sekretariatsdienst (Kaufrau/-mann für Bürokommunikation)
- 1 Platz zum/zur Informatikkaufmann/-frau
- 1 Platz zum Forstwirt

Im Vergleich hierzu wurden in 2006 ebenfalls 13 Ausbildungsplätze bereit gestellt.

Anträge der Kreistagsfraktionen zum Stellenplan 2007:

Zum Entwurf des Stellenplanes 2007 liegen die folgenden beim Tagesordnungspunkt 2 „Anträge“ nochmals gesondert ausgewiesenen Anträge der Kreistagsfraktionen vor:

1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007:
„Personalaufwand“
2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007
„kw-Vermerk für Amtsleiterstellen“
3. Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 13.02.2007:
„Reduzierung der Anzahl der Stellen im Stellenplan 2007“

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Vorlage Kreisausschuss Kreistag

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0064/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	2.2	- öffentlich -
Betreff:		
Schließung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes in Waldbröl und Wipperfürth sowie des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster in Waldbröl		
Beschlussvorschlag:		
Der Kreistag beschließt die Auflösung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes in Waldbröl und Wipperfürth sowie die Nebenstelle des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster in Waldbröl und die Zuführung der Aufgaben und des Personals in die Hauptstelle.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

1.) Amt für Geoinformation- und Liegenschaftskataster (Amt 62) – Nebenstelle Waldbröl

Der Oberbergische Kreis unterhält zur Aufgabenerledigung für die Geoinformation und das Liegenschaftskataster neben der Hauptstelle in Gummersbach eine Nebenstelle in Waldbröl, die identische Aufgaben wahrnehmen.

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung hat die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW (GPA) empfohlen, die Nebenstelle in Waldbröl aufzugeben und die bisher dort wahrgenommenen Aufgaben in die neu gebildeten Abteilungen der Hauptstelle zu integrieren.

Mit der Auflösung der Nebenstelle ergeben sich neben den unmittelbaren, finanziellen Verbesserungen Synergieeffekte. Beispielhaft sei hier nur auf den Wegfall von Dienstreisen oder den Wegfall der Betreuung der Informationstechnik vor Ort verwiesen.

Die bisher in Waldbröl wahrgenommenen Beratungs- und Vertriebsaufgaben können weiterhin überwiegend ortsnah angeboten werden. Wie im Nordkreis und in Wiehl seit zwei Jahrzehnten erfolgreich praktiziert, können die Gemeinden die vertrieblichen Aufgaben für das Liegenschaftskataster übernehmen und die zugehörigen Gebühren vereinnahmen. Viele Beratungsaufgaben können von den 14 Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren im Kreisgebiet (3 jeweils im Süd- und Nordkreis, 8 in der Kreismitte) übernommen werden, die über umfangreiche Erfahrungen im Bau- und Liegenschaftsrecht verfügen.

Lediglich rd. 25% der bisherigen Aufgaben können nur in Gummersbach angeboten werden, da tiefgehende Katasterkenntnisse erforderlich sind. Langfristig wird sich dieser Anteil weiter reduzieren, da viele Nachfragen frühzeitig per Internet und hier im Besonderen über das Rauminformationssystem Oberberg (RIO) geklärt werden können.

Für die Unterhaltung des Gebäudes Gerdestraße 5 fielen in der Vergangenheit ca. 26.000 € jährlich an. Dieser Betrag kann im Fall einer Schließung der Nebenstelle eingespart werden.

Des weiteren können Kosten für die technische Instandsetzung, Miete und Wartung der Telekommunikationsanlagen, Heizung / Strom / Wasser / Reinigung und die

Miete für eine Postleitung für Datenverarbeitung in jährlicher Höhe von ca. 36.000,-€ eingespart werden.

Im Falle einer Veräußerung der Immobilie ist von einem Verkaufserlös von 400.000 € auszugehen.

2.) Gesundheitsamt (Amt 53) – Nebenstelle Waldbröl und Wipperfürth

Der Oberbergischer Kreis unterhält zur Aufgabenerledigung des Gesundheitsamtes neben der Hauptstelle in Gummersbach jeweils eine Nebenstelle in Waldbröl und Wipperfürth.

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung hat die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW (GPA) empfohlen, unter Einbeziehung der Politik im Rahmen einer mittel- bis langfristig ausgerichteten strategischen Zielplanung zu untersuchen, ob ein Verzicht auf die Nebenstellen in Waldbröl und Wipperfürth in Betracht kommen kann.

Eine Schließung setzt voraus, dass durch konzeptionelle neue Überlegungen im dezentralen Angebot für die Bevölkerung keine wesentlichen Nachteile zu besorgen sind.

Da die Inanspruchnahme der amtsärztlichen Sprechstunden in den Nebenstellen sehr gering ist, ist deren Verlagerung nach Gummersbach, unter Inkaufnahme ggf. längerer Anreisewege, vertretbar.

Die jugendärztlichen Angebote in den Kindergärten und Schulen vor Ort sollen, trotz der geringfügigen organisatorischen Nachteile, beibehalten werden, um die Nähe zu den jeweiligen Institutionen zu wahren.

Für die Bewirtschaftung des Gebäudes Kaiserstraße 85 in Waldbröl fielen in der Vergangenheit ca. 20.000 € jährlich an. Dieser Betrag kann im Fall einer Schließung der Nebenstelle eingespart werden.

Im Falle einer Veräußerung der vorgenannten Immobilie ist von einem Verkaufserlös von 300.000 € auszugehen.

Für die Bewirtschaftung des Gebäudes Alte Kölner Straße in Wipperfürth fielen in der Vergangenheit ca. 22.000 € jährlich an. Dieser Betrag kann im Fall einer Schließung der Nebenstelle eingespart werden.

Der Verkaufswert der Immobilie wurde, anders als bei den vorgenannten Gebäuden, bisher nicht ermittelt und auch nicht in den Haushalt 2007 eingestellt. Dies ist ggf. noch nachzuholen.

gez.

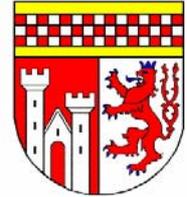
Hagen Jobi

-Landrat-

gez.

Jochen Hagt

-Allgemeiner Vertreter-



Vorlage

Finanzausschuss

Kreisausschuss

Kreistag

Sitzungsdatum: 26.02.2007

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0046/2007/II

Tagesordnungspunkt	3	- öffentlich -
Betreff: Investitionsprogramm 2006 - 2010		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2006 – 2010 in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der sich aus dem Veränderungsnachweis zum Entwurf der Vermögenshaushalte 2007 – 2010 ergebenden Veränderungen.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Nach § 53 Kreisordnung i.V.m. § 9 NKF-Einführungsgesetz und § 83 Gemeindeordnung ist als Grundlage für die Finanzplanung ein Investitionsprogramm aufzustellen und vom Kreistag zu beschließen. Das Investitionsprogramm umfasst den gleichen Planungszeitraum wie die Finanzplanung, nämlich die Jahre 2006 bis 2010. Grundlage für die Aufstellung bildete das im Vorjahr beschlossene Programm für die Jahre 2005 bis 2009, das der Entwicklung angepasst und um 1 Jahr fortgeschrieben wurde.

Da der Oberbergische Kreis den Haushalt 2007 bis 2012 haushaltsstellenscharf als Haushaltssicherungskonzept aufgestellt hat, ist die separate Aufstellung eines Investitionsprogramms überflüssig, da alle darin geforderten Angaben den Vermögenshaushalten entnommen werden können bzw. denen entsprechen. Dieses Verfahren ist mit der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Köln abgestimmt.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Werner Krüger
-Dezernent-



Vorlage

Finanzausschuss

Kreisausschuss

Kreistag

Sitzungsdatum: 26.02.2007

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0047/2007/II

Tagesordnungspunkt	4	- öffentlich -
Betreff: Finanzplanung 2006 - 2010		
Kenntnisnahme: Gemäß § 53 Kreisordnung i.V.m. § 9 NKF-Einführungsgesetz und § 83 Gemeindeordnung ist die Finanzplanung dem Kreistag lediglich vorzulegen; eine Beschlussfassung ist nicht vorgesehen.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Nach § 53 Kreisordnung i.V.m. § 9 NKF-Einführungsgesetz und § 83 Gemeindeordnung haben die Gemeinden und Gemeindeverbände ihrer Haushaltswirtschaft eine 5-jährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Das erste Planungsjahr ist das laufende Haushaltsjahr. In dem Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen.

Da der Oberbergische Kreis den Haushalt 2007 bis 2012 haushaltsstellenscharf als Haushaltssicherungskonzept aufgestellt hat, ist die separate Aufstellung einer Finanzplanung überflüssig, da alle darin geforderten Angaben der Gruppierungsübersicht entnommen werden können bzw. entsprechen. Dieses Verfahren ist mit der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Köln abgestimmt.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Werner Krüger
-Dezernent-



Vorlage Schulausschuss Kreisausschuss Kreistag

Sitzungsdatum: 12.02.2007

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0038/2007/IV

Tagesordnungspunkt	5	- öffentlich -
Betreff: Einrichtung einer Fachklasse "Bürokauffrau/Bürokaufmann" am Berufskolleg Oberberg - Kaufmännische Schulen - in Gummersbach		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt die Einrichtung einer Fachklasse „Bürokauffrau/Bürokaufmann“ am Berufskolleg Oberberg – Kaufmännische Schulen – in Gummersbach zum 01.02.2008.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Die Verwaltung hatte zu dem Thema bereits in den letzten Sitzungen des Schulausschusses berichtet.

Bei der einzurichtenden Fachklasse handelt es sich um eine schulische Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsreformgesetz. Danach ist den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, schulische Ausbildungen in Mangelsituationen am Ausbildungsmarkt als ergänzende Maßnahmen zu beschließen. Die schulische Ausbildung soll nicht in Konkurrenz zur dualen Ausbildung treten.

In Nordrhein-Westfalen hat der Landesausschuss für Berufsbildung eine entsprechende Regelung für zeitlich und örtlich begrenzte Sondermaßnahmen beschlossen. Die Maßnahmen sollen für Jugendliche gelten, die vor mindestens ½ Jahr die allgemeinbildende Schule verlassen haben (sog. Altbewerber).

Die Schüler/innen, die vollzeitschulisch an einem Berufskolleg qualifiziert werden, sollen zu einer Berufsabschlussprüfung vor der Kammer entsprechend der dualen Ausbildung zugelassen werden und erreichen einen entsprechenden Abschluss.

Die Einrichtung der Fachklassen ist von den Berufskollegs zu beantragen. Hierbei haben sich diese am Bedarf der regionalen Wirtschaft zu orientieren. Über die Zulässigkeit der Einführung entscheidet eine sog. Konsensrunde, an der die Berufskollegs, die Agentur für Arbeit, die zuständige Kammer (hier: IHK) und die Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaften beteiligt sind.

Nach Vorgesprächen der Bezirksregierung Köln als obere Schulaufsicht mit den Beteiligten an der Konsensrunde ist erkennbar, dass es eine Zustimmung zur Einrichtung der Fachklasse geben wird. Der Bedarf für die Einrichtung eines Jahrgangs der Fachklasse wird gesehen. Die Schulleitung bittet deshalb um einen entsprechenden Beschluss des Schulträgers.

Zusätzliche Kosten für diesen Bildungsgang entstehen für den Oberbergischer Kreis als Schulträger nicht.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Dr. Jorg Nürnberg
-Dezernent-



Vorlage Kreisausschuss Kreistag

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0041/2007/II

Tagesordnungspunkt	6	- öffentlich -
Betreff: Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen für den Oberbergischen Kreis vom 18.03.2004		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt die Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen für den Oberbergischen Kreis vom 18.03.2004.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Aufgrund des seinerzeit geltenden Ladenschlussgesetzes vom 15.05.2003 (BGBl I S. 875) war zuletzt am 18.03.2004 die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen für den Oberbergischen Kreis neu gefasst worden.

Mit Inkrafttreten des LÖG NRW zum 21.11.06 ist eine neue Rechtslage eingetreten. § 5 Abs. 1 Nr. 1 LÖG regelt nun unmittelbar den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen. Auch ein Zeitfenster von 5 Stunden, das von den Verkaufsstellen selbst festzulegen ist, wurde einheitlich geregelt.

Eine Ordnungsbehördliche Verordnung ist daher nicht mehr erforderlich und zur Klarstellung sowie aus Gründen der Rechtssicherheit aufzuheben.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Werner Krüger
-Dezernent-



Vorlage Kreisausschuss Kreistag

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0004/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	7.1	- öffentlich -
Betreff: Entsendung eines Vertreters der Jagdgenossenschaften in den Jagdbeirat bei der unteren Jagdbehörde		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt, Herrn Karl Bockemühl, Sassenbach 12, 51688 Wipperfürth, als Vertreter der Jagdgenossenschaften in den Jagdbeirat bei der unteren Jagdbehörde des Oberbergischen Kreises für die Dauer von vier Jahren (2007-2011) zu entsenden.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Die vierjährige Amtszeit des derzeitigen Jagdbeirates bei der unteren Jagdbehörde des Oberbergischen Kreises endet im April 2007. Der Jagdbeirat ist somit für die nächsten vier Jahre neu zu bilden.

Der Jagdbeirat setzt sich gemäß § 51 Abs. 3 des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen aus drei Jägern, zwei Vertretern der Landwirtschaft, zwei Vertretern der Forstwirtschaft, einem Vertreter der Jagdgenossenschaft, einem Vertreter des Naturschutzes, einem Vertreter der unteren Forstbehörden sowie dem Landrat zusammen.

Während die Jäger, die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft und des Naturschutzes durch ihre Verbände entsandt werden, erfolgt die Entsendung des Vertreters der Jagdgenossenschaften durch die Körperschaft, die die Aufgaben der unteren Jagdbehörde wahrnimmt.

Aufgabenträger für die Jagdangelegenheiten ist der Kreis, so dass es hinsichtlich der Entsendung des vorgenannten Vertreters in den Jagdbeirat eines Beschlusses der Vertretung bedarf.

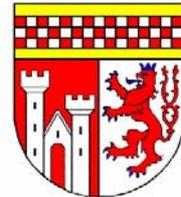
Der bisherige Vertreter der Jagdgenossenschaften, Herr Karl Bockemühl, Sassenbach 6, 51688 Wipperfürth, hat seine Bereitschaft erklärt, für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Vorlage Kreisausschuss Kreistag

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0048/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	7.2	- öffentlich -
Betreff: Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss		
Beschlussvorschlag: Anstelle von Herrn Eduard Bornemann wird Herr Pfarrer Jochen Gran als ordentliches Mitglied der im Bereich des Jugendamtes wirkenden und anerkannten freien Träger (Diakonie) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Mit Datum vom 22.09.2005 wurde Herr Eduard Bornemann auf Vorschlag des Kirchenkreises An der Agger durch den Kreistag des Oberbergischen Kreises als ordentliches Mitglied (Vertreter der Diakonie) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Herr Bornemann hat zwischenzeitlich schriftlich seinen Verzicht auf die Funktion der ordentlichen Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss gegenüber dem Landrat erklärt.

Gemäß § 35 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 der Kreisordnung i.V.m. § 4 Abs. 2 Satz 3 AG-KJHG wird der Nachfolger eines ausgeschiedenen Mitgliedes eines Gremiums, auf Vorschlag derjenigen Stelle, die das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen hatte, durch den Kreistag gewählt.

Der Kirchenkreises An der Agger hat die im Beschlussvorschlag aufgeführte Umbesetzung vorgeschlagen.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Vorlage Kreisausschuss Kreistag

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0063/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	7.3	- öffentlich -
Betreff:		
Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung		
Beschlussvorschlag:		
<ol style="list-style-type: none"> 1. Anstelle von KTM Peter Reinecke (CDU) wird Herr Gerd Holaschke sk. B. (CDU) als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung gewählt. 2. Anstelle von Herrn Gerd Holaschke sk. B. (CDU) wird KTM Peter Reinecke (CDU) als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung gewählt. 		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Mit den Kreistagsbeschlüssen vom 04.11.2004 und 21.09.2006 wurden KTM Peter Reinecke (CDU) als ordentliches Mitglied und Gerd Holaschke (CDU) als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung gewählt.

KTM Reinecke hat zwischenzeitlich seinen Verzicht auf die ordentliche Mitgliedschaft im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung gegenüber dem Landrat erklärt.

Gemäß § 35 Abs. 3 Satz 5 der Kreisordnung wird die/der Nachfolger/in eines ausgeschiedenen Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Fraktion gewählt, der das ausgeschiedene Ausschussmitglied angehörte.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat die im Beschlussvorschlag aufgeführte Umbesetzung vorgeschlagen.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Vorlage Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0006/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	7.4	- öffentlich -
Betreff:		
Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln		
Beschlussvorschlag:		
1. Anstelle von KTM _____ (FDP/FWO) wird KTM _____ (FDP/FWO) als ordentliches Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kreissparkasse Köln gewählt.		
2. Anstelle von KTM _____ (FDP/FWO) wird KTM _____ (FDP/FWO) als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kreissparkasse Köln gewählt.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Mit Datum vom 09.03.2006 wurde KTM Reinhold Müller (FDP/FWO) als ordentliches Mitglied sowie KTM Jan Kristian Hoster (FDP/FWO) als stellvertretendes Mitglied durch den Kreistag des Oberbergischen Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Kreissparkasse Köln gewählt.

Die FDP/FWO-Kreistagsfraktion hat die im Beschlussvorschlag aufgeführte Umbesetzung vorgeschlagen.

Gemäß § 35 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 der Kreisordnung wird der Nachfolger eines ausgeschiedenen Mitglieds eines Gremiums durch den Kreistag gewählt.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Vorlage

Rechnungsprüfungsausschuss

Kreistag

Sitzungsdatum: 05.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0026/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	8	- nicht öffentlich -
Betreff: Beratung des Abschlussberichts der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung des Oberbergischen Kreises		
Beschlussvorschlag: entfällt		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Nach § 105 der Gemeindeordnung (GO) ist die überörtliche Prüfung als teil der allgemeinen Aufsicht des Landes Aufgabe der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA).

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat diese Prüfung in der Zeit vom September 2005 bis Juli 2006 durchgeführt.

Der Landrat wird den Prüfungsbericht nebst einer Stellungnahme der Verwaltung dem Rechnungsprüfungsausschuss am 05.03.2007 zur Beratung vorlegen.

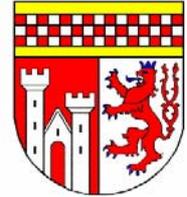
Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses wird in der Sitzung über das Ergebnis der Beratung berichten.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Antrag Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0062/2007/V

Tagesordnungspunkt	9.1	- öffentlich -
Betreff: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.02.2007: "Bildung eines Demografie-Ausschusses"		

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt für die Sitzung des Kreistages bzw. die zuständigen Fachausschüsse folgenden Antrag:

Der oberbergische Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises bildet zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Ausschuss „Demographie“. Dieser Ausschuss fungiert als Querschnittsausschuss, dem alle demographierelevanten Tagesordnungspunkte der einzelnen Fachausschüsse zur Beratung vorgelegt werden. Der Demographieausschuss tagt jeweils als erster Ausschuss und gibt ggf. Empfehlungen an die einzelnen nachfolgenden (Fach-)Ausschüsse bzw. den Kreistag.

Vor der Einrichtung dieses Ausschusses wird ein(e) Vertreter(in) der Stadt Schwerte zur Berichterstattung eingeladen.

Begründung:

In mehreren Fachausschusssitzungen haben die Verwaltung sowie Fachleute bereits über das Thema Demographie mit Bezug auf den Oberbergischen Kreis berichtet. Dabei wurde klar, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vielfältige Aufgaben und Herausforderungen auf den Kreis zu kommen. Um ein Forum zu schaffen, bei dem Instrumente und Wege entwickelt werden, um dieser Entwicklung begegnen und frühzeitig politisches Handeln einleiten zu können, hält unsere Fraktion die

Einrichtung eines entsprechenden Ausschusses für sinnvoll und erforderlich.

In der Stadt Schwerte hat ein solcher Ausschuss im vorletzten Jahr seine Arbeit aufgenommen, sodass dort bereits vielfältige Erfahrungen mit dem Instrument eines solchen Ausschusses gemacht werden konnten. Hierzu sollte für den Kreistag ein Bericht angefragt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Remmel', written in a cursive style.

Frank Remmel
Mitglied der Kreistagsfraktion



Anfrage Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0065/2007/II

Tagesordnungspunkt	10.1	- öffentlich -
Betreff: Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.02.2007: "Hilfe in Notfallsituationen"		

Sehr geehrter Herr Landrat,

zur Sitzung des Kreistages am 15.03.2007 stellt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Anfrage:

1. Wie kann der Oberbergische Kreis sicherstellen, dass die Notrufnummern 110 und 112 bei voraussehbaren Großeinsätzen wie bei dem Orkan am 18.01.07, adäquat erreichbar sind um Hilfe anzufordern? An dem Tag waren die Nummern über 30 Minuten vom Festnetz aus nicht erreichbar.
2. Wie ist sichergestellt, dass durch Unfall oder Gewalterfahrung psychisch traumatisierte Menschen eine schnelle adäquate psychotherapeutische Hilfe erhalten ohne Wartezeiten von 3-4 Monaten in Kauf nehmen zu müssen?
3. Warum sind niedergelassene Therapeuten von der Notfallversorgung ausgeschlossen?

gez.

Uwe Söhnchen
Kreistagsmitglied



Mitteilung Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0050/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	11.1	- öffentlich -
Betreff: Bericht über die Ausführung früherer Kreistagsbeschlüsse		

Kreistagssitzung vom 14.12.2006

TOP 3

Prüfung der Jahresrechnung 2005 des Oberbergischen Kreises

hier: Abnahme der Jahresrechnung und Entlastung des Landrates

Das Ergebnis über die Abnahme der Jahresrechnung und Entlastung des Landrates wurde am 28.12.2006 öffentlich bekannt gemacht.

TOP 5

Satzung über die Erhebung von Elterbeiträgen, die nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen (GTK) durch den Oberbergischen Kreis gefördert werden, und über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Kindertagespflege nach dem SGB VIII

Die v.g. Satzung wurde am 28.12.2006 entsprechend den Vorgaben der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis öffentlich bekannt gemacht.

TOP 12

Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten

12.1 Gesellschafterversammlung der Naturarena Bergisches Land GmbH

Die vom Kreistag getroffene Besetzung wurde der Naturarena Bergisches Land GmbH am 15.12.2006 schriftlich mitgeteilt.

12.2 Mitgliederversammlung der Region Köln/Bonn e.V.

Die vom Kreistag getroffene Umbesetzung wurde dem Verein Region Köln/Bonn am 15.12.2006 schriftlich mitgeteilt.

12.3 Verbandsversammlung der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Die vom Kreistag getroffene Umbesetzung wurde dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg am 15.12.2006 schriftlich mitgeteilt.

TOP 13

Anträge

13.2 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2006:

„Erhalt der Zivildienstschule in Waldbröl

Die vom Kreistag beschlossene Resolution wurde der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, am 09.01.2007 übersandt. Das hierauf ergangene Antwortschreiben vom 25.01.2007 wurde allen Kreistagsmitgliedern mit Datum vom 31.01.2007 zugeleitet.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-

Einwohnerfrage an den Kreistag:

Können Sie es wirklich mit ihrem Gewissen verantworten, angesichts der jüngsten Meldungen zum Klimawandel und der im hier folgenden Text angeführten Fakten, für die Aufgabe der Bahntrassen zustimmen?

Einwohnerfrage an den Kreistag:

Können Sie es wirklich mit ihrem Gewissen verantworten, angesichts der jüngsten Meldungen zum Klimawandel und der im hier folgenden Text angeführten Fakten, für die Aufgabe der Bahntrassen zustimmen?

Dieses Schreiben ist eine fristgerechte Eingabe (5.2- 5.3.07) an die Bezirksregierung bzgl. der Pläne, Bahntrassen aus den Regionalplan zu streichen. Bitte leiten Sie dieses Schreiben an die zuständigen Stellen und die Mitglieder des Regionalrates weiter.

Die Weitergabe an andere Personen und Organisationen und die Darstellung und Verbreitung im Internet und anderen Medien, etc. ist zustimmend gestattet.

"Nicht Vernunft- gemäß Handeln ist dem Wesen Gottes zuwider" Kaiser Manuell II, zitiert von Papast Benedikt XVI

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ist es vernünftig, wie vorgesehen, die Bahntrassen aufzugeben, wenn die Deutsche Verkehrszeitung am 28.12.06 schreibt:

"Für 54% der Führungskräfte in international tätigen Unternehmen sei das Kriterium Transport und Logistik sehr wichtig und rangiere sogar noch vor den Arbeitskosten."

Im Artikel "Unbequeme Wahrheiten" in der gleichen Zeitung heißt es:

"96% des aktuellen Energiebedarfes für Transporte (wird) durch Erdöl gedeckt.Führende wissenschaftliche Institute zeigen auf, das das Fördermaximum der weltweiten Rohölproduktion spätestenes zwischen 2010 und 2020 erreicht sein wird. 84% der befragten deutschen Unternehmen führen kein systematisches CO² und Ressourcenmanagement durch. Oberstes Gebot ist daher die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Güterverkehrsaufwand."

Soweit die führende Fachzeitung für Transport und Logistik.

Kann man das ohne die Schiene erreichen? Ist es nicht extrem kurzsichtig, wegen minimaler schneller Vorteile langfristig auf die Chance zu verzichten, die Schiene wieder stärker nutzen zu können?

Das ist keine Utopie: 2006 ermittelte eine Umfrage der Bundesvereinigung für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik, das 14% der Befragten künftig stärker die Schienen nutzen wollten, 2005 waren es nur 3% gewesen. Und die Seite www.containerserviceamladegleis.de zeigt, das es heute ganz neue Logistikkonzepte gibt, um über den Container Güter wieder auf die bahn zu bringen!

Da die Mehrheiten, die hier gegen die Bahn sind, von Christdemokraten gestellt werden, habe ich das Papstzitat voran gestellt. Die Vorleseung war ja mehr noch als an den Islam an das Verhalten

der Christen (und damit auch der CDU- Politiker) in dieser Welt gerichtet. Ist die Aufgabe der Bahntrassen wirklich vernünftig und damit gottgefällig? (Zuminmdest bei Christdemokraten muß diese Frage so zulässig sein!)

Nun zu den Strecken, die im Regierungsbezirk Köln betroffen sind. Bis 2020 hat das Berlininstitut für die ländlichen Regionen des Regierungsbezirkes eine Bevölkerungszunahme bis zu 5% für Rhein- Berg und Oberberg vorhergesagt, für den Kreis Euskirchen sogar bis 10%. Die großen Städte werden Einwohner verlieren. Selbst wenn danach eine Abnahme der Bevölkerung beginnen sollte, wäre die Ausgangslage hier so groß, das dies den Schienenverkehr im Regierungsbezirk Köln (oder Düsseldorf/ Arnsberg) nicht gefährden würde. Eher ist durch die akute Zunahme der Bevölkerung im Stadumland eine steigende oder nicht wesentlich sinkende Nachfrage nach Verkehrskapazitäten anzunehmen. Schon das heutige Verkehrsaufkommen ist zu hoch und bietet genug Möglichkeiten, Verkehr sinnvoll auf die Schiene zu verlagern. Beispiele finden sich auch unter www.pro-bahn.de/links/index.html . Zum Thema kann auch diskutiert werden unter www.oedp.de/diskussion/oeff im Kölner Regionalforum.

Fakt ist auch, das die Menschen nie die Chance hatten, die Bahnstrecken in unserer Region gut zu nutzen. Die schlechten Fahrpläne waren nicht marktgerecht (keine Abstimmung mit anderen Zügen und Bussen, kein Taktfahrplan, Fahrplanlücken, veraltete und überteuerte Betriebsführung) und wenn niemand Züge fahren läßt, ist es, auch wenn die vollen Straßen den Bedarf täglich demonstrieren, nicht möglich, etwas nachzufragen. Aber www.pro-bahn.de/links/index.html zeigt anhand zahlreicher Beispiele, das die Wiederbelebung der Bahn kein Traum bleiben muß. Alleine durch den drohenden Klimawandel können sich die politischen Prioritäten schon in nächster Zeit ändern.

Wollen Sie wirklich zu den Politiker gehören, die dafür verantwortlich sind, das weite Oberbergs für alle zeit von der Schiene abgeschnitten werden?

Nun zu den Strecken:

1.) www.wiehltalbahn.de

Alleine die Tatsache, das auf dieser Bahn wieder Züge fahren, widerspricht der Behauptung, es gäbe keine Nachfrage nach Verkehrsleistung auf der Schiene. Die www.rhein-sieg-eisenbahn.de fährt Güterzüge und zusammen mit dem www.eisenbahnmuseum-dieringhausen.de gibt es Dampfzüge und zusätzlich Triebwagenfahrten zu besonderen Anlässen (Volksfesten, etc.). Das alles geschieht auf ehrenamtlicher Basis (das Ehrenamt wird von der Politik in Sonntagsreden immer so hoch gelobt!). Besuchen sie mal einen der Termine der www.wiehltalbahn.de und sprechen Sie persönlich mit den Leuten und schauen sie sich deren Engagement an!

Auf der Schiene sind Gummersbach und Waldbröl 34 km entfernt, der Bus braucht 68 Minuten, Dieselzüge auf gleichlangen Strecken benötigen zwischen 32 und 51 Minuten bei deutlich höheren Fahrkomfort. Es steht also außer Frage, das die Schiene hier eine deutliche Verbesserung darstellt. Mit zwei Triebwagen ist auf einer ausgebauten Strecke ein Stundentakt möglich, dafür sind zur Zeit 4 Busse nötig. An der Strecke wohnen in **Gummersbach 53.000** Menschen, in **Wiehl 27.000** und in **Waldbröl 19.000**. Weitere über **40.000 wohnen im Hinterland** der Strecke (Nümbrecht, Reichshof, Morsbach) müssen mit Bussen, Morsbach eventuell sogar mit Zügen, an die Wiehltalbahn angebunden werden.

Die Wiehltalbahn kann auch verlängert werden. Die www.vogtlandbahn.de fährt mit ihren Dieseltriebwagen als Straßenbahn in die Innenstadt von Zwickau. Was spräche also dagegen, wenn in Gummersbach und Waldbröl oder gar Morsbach die Wiehltalbahn als Straßenbahn ein kleines Stück verlängert würde, um Fußwege zwischen Zug und Bus oder wichtigen Zielen deutlich zu verkürzen? Die Fußgängerzone in Gummersbach ist so breit, das ein Gleis nicht stören würde. Jeder kann das Gleis sehen und weiß daher, das hier Züge im Schrittempo durchfahren.

2. Die Balkanstrecke

Remscheid (118.000)- Wermelskirchen (34.000)- Burscheid (22.000)- Leverkusen (160.000)- Köln (970.000)

Alleine Die Einwohnerzahlen der Anliegergemeinden zeigen, das es sich hier um eine Strecke handelt, die eine Region mit einem hohen Verkehrsaufkommen bedient. Hinzu kómen noch 16.000 Húckeswagener und 25.000 Radevormwalder, die per Buslinie an diese Bahntrasse angebunden sind und 23.000 aus Wuppertal Ronsdorf. das sind zusammen 182.000 Einwohner am Nordende der Strecke, die heute nur mangelhaft an Köln angebunden sind. Eine Bahnstrecke, die an beiden Enden Großstädte hat, bekommt daudrch eine gleichmäßige Auslastung in beiden Richtungen, andere Züge werden immer leerer, je weiter sie sich von Großstadtzentrum entfernen. Die Balkanstrecke stellt eine der größten noch bestehenden Chancen dar, die A1 und A3 oder in Remscheid die B229 mit der Trecknasenkreuzung deutlich vom Verkehr zu entlasten. In der Region Karlsruhe wäre diese Strecke längst zur Stadtbahn ausgebaut, die Vom Friedrich Ebert Platz in Remscheid bis Köln fährt (nach Deutz Tiefbahnhof mit weiterfahrt zum Flughafen, Köln Hbf. oder ins Stadtbahnnetz von Köln, je nach Möglichkeit der Bahnkapazitäten). Es dürfte im Regierungsbezirk keine weitere stillgelegt Strecke, wie die Balkanstrecke geben, die ein so großes Fahrgastpotential besitzt. Statt der Streichung aus dem Regionalplan wäre alles geboten, diese Strecke in den vordringlichen Bedarf zu bringen und schrittweise zu reaktivieren. Da die Straßen in Wermelskirchen gerade neu gebaut wurden oder erneuert werden, wäre in vollständiger Lückenschluß in 20 Jahren möglich. Aber schon vorher könnten Stadtbahnen von Köln bis Wk. - Tente kommen und Dieselmzüge zwischen Wermelskirchen und Remscheid- Lennep im Vorlaufbetrieb pendeln (die www.regionaleisenbahn.de würde die Betriebsführung der Bahntrasse übernehmen, eine Privatbahn, die einen Triebwagen über hat, müßte sich finden lassen, ebt. die www.rhein-sieg-eisenbahn.de, die www.regio-bahn.de oder die www.rurtalbahn.de . Aber auch hier könnte eine kurzfristige Neuausrichtung politischer Prioritäten über Nacht die Reaktivierung deutlich beschleunigen, alleine wegen dem Fahrgastpotential.

Folgende Internetseiten zeigen auf, wie weit die Verknüpfung von Eisenbahn und Straßenbahn in anderen Regionen schon fortgeschritten ist: www.vogtlandbahn.de, www.saarbahn.de, www.avg.info (Karlsruhe), www.tram-kassel.de, www.kvg.de, www.stadtwerke-nordhausen-gmbh.de, www.city-bahn.de (Chemnitz) und nicht zu vergessen die Köln- Bonner Eisenbahnen, die viel älter, als das Karlsruher Modell sind aber seltsamer Weise nicht die Auststrahlung haben, wie diese Vorbildstadt im Straßenbahnverkehr. Die Straßenbahnen von Karlsruhe fahren weit über 100 km ins Umland, bis in benachbarte Großstädte (Pforzheim, Heilbronn, Baden Baden und kleinere Schwarzwald- und Rheintalorte. Statt also diese Bahnstrecke aus dem Regionalplan zu streichen, wäre hier eine Umsetzung der Erkenntnisse aus Chemnitz, Karlsruhe und sogar Köln und Bonn wünschenswert.

3. Die Wupper-Agger- Bahn

Gummersbach (53.000)- Marienheide (14.000)- Wipperfürth (23.000)- Húckeswagen (16.000)- Remscheid (118.000)

Zusammen mit der Wiehlalbahn würde diese Strecke die Nord- Süd- Achse des öffentlichen Verkehrs im Oberbergsichen Kreis darstellen. Sie dient sowohl zahlreichen Nahpendlerbeziehungen als auch der Verbindung der Region Oberberg mit Remscheid, Wuppertal, Solingen und der Landeshauptstadt Düsseldorf. Ergänzend als Zubringer wären die Buslinien Radevormwald-Húckeswagen (Anschlüsse Richtung Wipperfürth- GM), Lindlar- Wipperfürth (Anschlüsse mit Remscheid) so wie weitere Regionalbuslinien von Halver und Meinerzhagen auf die Bahn abzustimmen.

Ich bin zur Bundestagswahl 2002 für die ÖDP in Oberberg als Direktkandidat angetreten und habe meinen Wahlkampfswertpunkt in Húckeswagen gehabt. Auf öffentlichen Diskussionen haben damals führende CDU- Politiker immer betont, sie wollten das durchgehende Trassenbahn erhalten - dafür habe ich genug Zeugen! Ich stand täglich, dafür hatte ich meinen Jahresurlaub genommen, in der Innenstadt und habe Unterschriften für den Bahnerhalt gesammelt und anhand von

Broschüren darüber aufgeklärt, was auch in Hückeswagen auf der Schiene machbar ist.

Um die Stimmung zu ermitteln, bin ich nach 18 Uhr bis 20.30 Uhr in einem Ortsteil von Haus zu Haus gegangen und habe Unterschriften für den Bahnerhalt gesammelt. nach der Wahl hat die Remscheider Agenda 21, AG. Verkehr diese Umfrage in weiteren Ortsteilen fortgesetzt, so daß zusammen über 1100 Hückeswagener von 16.000 befragt wurden. Ergebnis: wenn man aufzeigt, was andere Regionen aus ihren Bahnstrecken machen, die teilweise in einem noch schlechteren Zustand als die Bahn in Hückeswagen waren, sind 70% der Hückeswagener dafür, die Bahntrassen zu erhalten. das wurde auch den Politiker mitgeteilt.

Was geschah aber: Trotz der Wahlverprechen wurde 2003 der Bahndamm bei Winterhagen abgetragen, angeblich wegen eines Straßenengpasses der B 237.

1.) Um diesen Engpaß zu beseitigen hätte es gereicht, einen Einschnitt in den Damm zu graben, neben dem Tunnel, der so stabil war, da er sich über Tage der Zerstörung widersetzte. Der Tunnel hätte für Fledermäuse genutzt werden können.

2.) Da der Engpaß uralt war, hätte eine gute Regionalplanung durch das Studium topographischer Karten schon längst umsetzen können, daß die B 237 über Dreibäumen zur B 51 am Industriegebiet Wermelskirchen- Belten geführt wird. Hier wäre ein Kreisverkehr möglich. Diese Straße ist noch immer sinnvoll und sollte sofort geplant werden. Ebenfalls sollte sofort damit begonnen werden, den Bahndamm als Erddeponie wieder anzuschütten (die Straße wird ja nicht sofort zugeschüttet). Bis die Eisenbahn wieder fährt, könnte ein Wanderweg über den Damm geführt werden. Zahlreiche Unternehmen sind in Trassennähe und könnten über Gleisanschlüsse und www.containerserviceamladegleis.de die Bahn nutzen.

4. Die Agger- Bigge Bahn

Gummersbach (53.000)- Bergneustadt (21.000)- Drohlschagen (12.000)- Olpe (26.000)

Diese Strecke wäre sowohl für regionale Pendlerströme, als auch für den Fremdenverkehr (Anbindung der Region Köln- Bonn an die Biggeseeregion) sehr wichtig. Fakt ist, das die Züge früher im Ortsteil Dieringhausen endeten und nicht zum Zentrum Kreisstadt Gummersbach durchfahren. Das hätte die Attraktivität enorm gesteigert. Immerhin ist die Bahnverbindung Gummersbach- Dieringhausen- Osberghausen zweigleisig trassiert, so daß hier zur Vermeidung von Verspätungen und Kapazitätsverweiterung preiswert das 2. Gleis wieder geschaffen werden könnte. Auch der Kreis Olpe wird laut Berlininstitut bis 2020 eine stabile Bevölkerungszahl haben (bis 5% Zuwachs). Die Züge könnten bis Finentrop durchfahren und Oberberg mit dem Lennetal verbinden. Auch eine direkte Anbindung an die Kölner Güterbahnhöfe dürfte sowohl für den Kreis Olpe, als auch für den Erhalt der Aggertalbahn Köln- Gummersbach sehr vorteilhaft sein.

5. www.oleftalbahn.de

Kall (12.000)- Schleiden (14.000)- Hellental (8700)

Mit Schleiden und Hellental bindet die Bahn immerhin 23.000 Anlieger an die Eifelbahn Richtung Köln und Euskirchen (Kreisstadt) an. Die Schönbuschbahn hat bei 24.000 Anliegern 6000 Fahrgäste täglich (etwa 1000 saßen zuvor im Bus und 2000 wurden erwartet). Es ist daher auch nicht undenkbar diese Strecke sinnvoll zu reaktivieren. Aber hier fehlt mir die Ortskenntnis, um genaues zu sagen. Zumindest sollte diese nicht aus dem Regionalplan gestrichen werden, solange dort eine Initiative im Sommer Zugfahrten in den Nationalpark Eifel anbietet. Hier ist schon zu fragen, ob nicht wenigstens im Sommerhalbjahr an Wochenenden, sowie für die Holzwirtschaft und Industrie im Güterverkehr diese Strecke auf jeden Fall erhalten bleiben sollte.

Nachtrag:

In der Zeitung steht (Rhein. Post 5.2.07 Bild am Sonntag 4.2.07) , das Bundeskanzlerin Merkel die Menschen zum Spritsparen auffordert und zum häufigeren Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr! Das gilt dann auch für Politik! Denn jeder Autofahrer kann nur bei seinem Auto etwas sparen. Politiker haben die Chance, den Rahmen zu gestalten, in dem unsere Gesellschaft funktioniert. Werden hier die richtigen Entscheidungen getroffen, wird umweltfreundliches Verhalten erst lohnend oder möglich. Autofahrer werden kaum lange Strecken mit dem Bus fahren, in Zügen sitzen aber wesentlich mehr Fahrgäste, als in Bussen. Wo die Angebote stimmen, kommen auch die Fahrgäste. Die Bahnstrecken, die in NRW entwidmet werden sollen, liegen fast alle im Regierungsbezirk Köln (mir ist nur eine weitere bekannt, die **Linie (Duisburg-)Xanten-Kleve- Nimwegen, die sowohl für den Personenverkehr als auch Güterverkehr (Entlastung und Ausweichtoute für Betuwelinie) - Europa wächst zusammen und wird auf der Schiene getrennt!**)

Die Fakten sprechen einfach für die Bahn. Regionalegoisten und Bilanzautisten einiger Firmen, die den Blick für das Gemeinwohl nicht kennen, wollen vor Ort die Bahntrassen weg haben, weil eine Tankstelle erweitert werden soll, weil ein Kreisverkehr etwas preiswerter wird, weil eine Fabrik eine Halle bauen will.... . Aber alle diese kleinen Minivorteile wiegen den Nachteil nicht auf, den der Verlust der Schieneninfrastruktur bedeutet.

Und wenn das nicht Vernunft- gemäßes Handeln dem Wesen Gottes zuwider ist, sollten auch Christen in der Politik sich bemühen, mit ihrem Handeln nicht gegen die Gebote der Vernunft zu verstoßen. Als aktiver Katholik rufe ich die Politiker der CDU zur Umkehr auf. Die CDU Politik fügt dem Ökosystem Erde, das für Christen Gottes Schöpfung ist, akut schwere Schäden zu. Christen müßten sich durch Achtung vor ihrem Schöpfer und seinen Werk auszeichnen. Die Bahn ist das Verkehrsmittel, das die Schöpfung am wenigstens belastet. Die Bahn dort nicht zu nutzen, wo es die Vernunft gebietet, ist ein Vergehen gegen den Schöpfer und verschlechtert langfristig die Lebensverhältnisse für unzählige Menschen, auch durch die ökologischen Folgen dieser Politik!

Besinnung und Umkehr sind eine urchristliche Tugend, für die es nie zu spät ist, auch nicht in der Politik. Bitte stoppen Sie den Bahnabbau und belassen die Bahntrassen im Regionalplan. Das ist eine gute Grundlage, um künftig die Strecken wieder in den Landesbedarf zu bringen. Je nach Fortschreiten des Klimawandels kann das schneller möglich werden, als es akut viele Politiker noch realistisch halten.

MfG. Felix Staratschek